



Barthle-Brief

Nr. 45

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

30.11.2007

Thema der Woche:

Haushalt sanieren – Zukunft sichern

Haushaltswoche des Deutschen Bundestages und Halbzeit der Großen Koalition

In dieser Haushaltswoche des Deutschen Bundestages haben wir unser Ziel bekräftigt, möglichst bald einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der in dieser Woche vorgelegte Haushaltsentwurf 2008 ist ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Im Nachtragshaushalt für dieses Jahr wird die Neuverschuldung um 5,2 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro zurückgeführt. Ferner haben wir die im Regierungsentwurf geplante Neuverschuldung 2008 von 12,9 auf 11,9 Milliarden Euro reduziert.

An unserem Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren halten wir fest und erhöhen die Investitionen um 2,5 Milliarden Euro noch für das laufende Jahr und um 360 Millionen Euro für das kommende Jahr. Dabei hilft der Bund den Ländern und Kommunen, die Betreuung für Kinder unter drei Jahren auszubauen und stellt dafür kurzfristig aus einem Sondervermögen 2,15 Milliarden Euro bereit.

Mit dem Bundeshaushalt 2008 haben wir die Investitionsausgaben insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft insgesamt um etwa 400 Millionen Euro aufgestockt. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wird damit ein wichtiger Beitrag geleistet. Weitere 400 Millionen Euro stellen wir für national bedeutsame Kulturinvestitionen zur Verfügung. Ein Schwerpunkt dieser Investitionen liegt im Bereich des Denkmalschutzes. Außerdem wurden die Mittel für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe), die überwiegend dem Aufbau Ost zugute kommen, um 50 Millionen Euro erhöht. Erstmals werden die erwarteten Einnahmen aus dem CO₂-Emissionszertifikatehandel im Bundeshaushalt berücksichtigt. Mit diesen Einnahmen werden zusätzliche Investitionen in Höhe von 400 Millionen

Euro zum Ausbau erneuerbarer Energien und für wirksamere Energienutzung in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie zur Entwicklung effizienterer Elektrogeräte oder anderer Produkte ermöglicht.

Die Unionsfraktion steht fest zum Kurs der Haushaltssanierung und ist bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen auch erfolgreich: Die Nettoneuverschuldung ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Nach vier rot-grünen Haushalten, die gegen die Euro-Stabilitätskriterien verstoßen haben, haben wir bereits im ersten Jahr unserer Regierung wieder einen Maastricht-konformen Etat vorgelegt. Spätestens 2011 werden wir ohne neue Schulden auskommen. Wir nehmen Generationengerechtigkeit ernst und leben nicht mehr auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder.

Mit der Unternehmensteuerreform haben wir die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich verbessert und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland erhöht. Mit Erfolg: Die Bundesrepublik ist wieder der beliebteste Investitionsstandort in Europa. Um Arbeit günstiger zu machen und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze zu ermöglichen, haben wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt. Zum 1. Januar 2008 werden wir sie um weitere 0,9 Prozent senken. Damit bleibt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr netto von ihrem Lohn in den Taschen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Deutschland in der ersten Hälfte der Legislaturperiode vorangebracht. Die Menschen in unserem Land spüren, dass es wieder aufwärts geht. Sie vertrauen der Bundesregierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Merkel bei Top-Managern am beliebtesten

Deutsche Top-Manager halten nach Erhebungen des Handelsblatt Business-Monitor Bundeskanzlerin Angela Merkel für kompetenter als alle anderen Spitzenpolitiker. Mehr als 800 Führungskräfte von kleinen, mittleren und großen Unternehmen bewerteten ihre Leistungen auf einer Skala von 1 bis 5 mit 2,4. Alle übrigen Mitglieder des Bundeskabinetts schnitten deutlich schlechter ab. Auch bei der Bewertung der Parteien erreichten CDU/CSU das beste Ergebnis. Die Arbeit der Union wurde mit 2,9 bewertet und damit etwas besser als die der Bundesregierung insgesamt.

Erbschaftsteuerreform zugunsten des Mittelstands verschoben

Seit zwei Jahren verhandelt die Berliner Regierungskoalition mit den Bundesländern über die Reform des Erbschaftsteuerrechts. Neben den finanziellen Interessen der Bundesländer erschweren vor allem die Wünsche aus dem Lager der SPD, das Erbschaftsteueraufkommen auf 8 Milliarden Euro zu verdoppeln, die Verhandlungen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf Initiative der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg eine Verschiebung der Reform durchsetzen können. Die vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Steuertabellen konnten vor allem Familienunternehmen nicht gerecht werden. Unter bestimmten Konstellationen hätte für einige Betriebe die Gefahr gedroht, mit bis zu 50 Prozent Erbschaftsteuer belastet zu werden. Gerade das Land Baden-Württemberg wäre durch diesen Vorschlag überproportional belastet worden. Daher wird diese Initiative nicht weiter verfolgt und die Detailarbeit auf das Jahr 2008 verschoben.

Mehr Investitionen in den Straßenbau

Der CDU-Landesverband Baden-Württemberg wird auf Initiative der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag den Antrag „Wirtschaftlichen Aufschwung verstetigen – Mehr Investitionen in den Straßenbau“ auf dem 21. Parteitag der CDU Deutschlands einbringen, der vom kommenden Sonntag an bis zum 4. Dezember 2007 in Hannover stattfinden wird. Neben der Forderung, die Investitionen im

Bundeshaushalt dauerhaft um mindestens eine Milliarde Euro von 4,7 auf 5,7 Milliarden Euro für die Bundesfernstraßen zu erhöhen, wird der bedarfsgerechte Ausbau von noch bestehenden Autobahn-Engpässen von bisher vier Streifen ohne Standspur auf sechs Streifen mit Standspur gefordert. Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, ihre Verkehrspolitik am Grundsatz „Straße finanziert Straße“ auszurichten und die Mittel aus der LKW-Maut direkt in die Straßeninfrastrukturfinanzierung fließen zu lassen.

Zeitarbeit dynamischer Jobmotor

Dank der Deregulierung hat sich die Zeitarbeitsbranche zu einem Wachstumsmotor des deutschen Arbeitsmarkts entwickelt. Allein in den vergangenen drei Jahren sind dort 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Für die kommenden drei Jahre rechnet die Branche mit 500.000 weiteren Stellen. Besonders wichtig ist die Zeitarbeit vor allem in der Zeit eines beginnenden Aufschwungs. Weil Arbeitgeber nicht sicher sein können, ob die Konjunkturbelebung längerfristig ist, greifen sie in dieser Phase bevorzugt auf Zeitarbeiter zurück. Mit zunehmender Stabilisierung der Wirtschaft steigt die Bereitschaft der Unternehmen, Arbeitsplätze direkt in ihren Betrieben zu schaffen. So entstand 2006 jede zweite Stelle in der Zeitarbeit, in diesem Jahr ist der Anteil auf ein Drittel zurückgegangen. Erhöht hat sich mit verbesserter Auftragslage auch die Übernahmequote von der Zeitarbeit in die Entleihfirmen. Generell ist diese Quote mit 30 Prozent schon relativ hoch, 2007 ist sie auf rund 40 Prozent gestiegen. Damit ist die Zeitarbeitsbranche nicht nur eine arbeitsplatzschaffende Boombranche, sondern auch eine wichtige Brücke für Arbeitslose in den Arbeitsmarkt. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, FAZ, Handelsblatt)

Zitat

„Mit mir wird's das (...) nicht geben, dass man überall in Europa Kohlekraftwerke baut, in Deutschland die Kernkraftwerke abschaltet und anschließend sich dann wundert, dass wir kein Energieerzeugerland mehr sind.“
(Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, am Mittwoch in der Haushaltsdebatte des Bundestages.)